

Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg
c/o AStA Geschäftsstelle Duale Hochschule (DHBW)
Friedrichstraße 14
70174 Stuttgart

LandesAStenKonferenz
Baden-Württemberg

c/o AStA Geschäftsstelle
Duale Hochschule (DHBW)
Friedrichstraße 14
70174 Stuttgart

www.lastuve-bawue.de

Mail: praesidium@lastuve-bawue.de

Dominik Birkenmaier
Sprecher

Andreas Bauer
Sprecher

Marc Baltrun
Sprecher

18.09.2019

Stellungnahme der Landesstudierendenvertretung - Notwendige Änderungen am Landeshochschulgesetz Baden Württemberg

Aufgrund der vergangenen Gespräche mit Vertretern des MWKs, aber auch mit Vertretern des Landesrechnungshofs, nimmt die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg (LAK) Stellung zur anstehenden Novellierung des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (LHG). Aufgrund gesetzlich notwendiger Anpassungen am LHG fordern wir dazu auf, die Gelegenheit zu nutzen, um auch weitere dringende Punkte in der Novellierung aufzugreifen und zur Debatte zu stellen. Wir fordern daher das MWK, Frau Theresia Bauer, aber auch die Vertreter der Landesrektorenkonferenz, der Rektorenkonferenz der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und andere Vertreter der Hochschulen auf zu einer Stellungnahme.

Unser gemeinsames Ziel muss es sein, in einem gemeinsamen Austausch und Dialog die grundlegenden Werte für die zukünftige Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Studierendenvertretungen und die Gremienarbeit an Hochschulen festzulegen und zu stärken, aber auch die Hochschulen transparenter zu machen.

Mit Beschluss vom 8.9.2019 in Karlsruhe spricht sich die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg daher für folgende Änderungen am LHG aus:

Inhaltsverzeichnis

Forderung: (Hochschul)Öffentlichkeit von Gremiensitzungen	3
Forderung: Senatsausschüsse und deren Sprecher*innen	4
Forderung: Entautomatisierung	5
Forderung: Stellungnahme der VS zu Zulassungs-, Studien, und Prüfungsordnungen	6
Forderung: Verkürzung der Amtszeit des Rektors/der Rektor*in	6
Forderung: Unabhängigere Wahl der*des Dekanin/-s	7
Forderung: Stimmberechtigung der Mitglieder des Rektorats einschränken	7
Forderung: Student*innen in Kommissionen	8
Forderung: Stellvertretung im Senat und Fakultätsrat vereinfachen	10
Forderung: Passives Wahlrecht	10
Forderung: Anerkennung von studentischem Engagement in der akademischen und studentischen Selbstverwaltung	11
Forderung: Weniger Prüfungsdruck auf Student*innen	12
Forderung: Abschaffung der Symptomangabe	13
Forderung: Privilegien für sog. Exzellenz-Universitäten streichen	14
Forderung: Transparenz bei Drittmitteln	14
Forderung: Verbandsklagerecht für Verfasste Studierendenschaften	15
Forderung: Hausrecht für VS	16
Forderung: Wiederaufnahme des politischen Mandats in das LHG	17

Forderung: (Hochschul)Öffentlichkeit von Gremiensitzungen

Partizipation, eine gefestigte Demokratie und Transparenz stehen in einem engen Verhältnis. Gerade letztere sehen wir an den Hochschulen oft weitestmöglich unterdrückt. Um ein Mindestmaß an Transparenz und Demokratie an Hochschulen zu gewährleisten, fordern wir, dass alle Gremien der Hochschule prinzipiell öffentlich tagen sollen und folglich die Unterlagen und Protokolle öffentlich zugänglich gemacht werden. Sollte diese Forderung aus bestimmten Gründen nicht umsetzbar sein, fordern wir zumindest die Hochschulöffentlichkeit der Gremien und deren Sitzungen, sodass alle Mitglieder der Hochschule den Sitzungen beiwohnen und die Unterlagen und Protokolle einsehen können. Ausnahmen davon sollten abschließend aufgezählt und in die Erläuterungen zum LHG bzw. ins LHG übernommen werden. Diese sollten auf ein gesetzlich notwendiges Minimum reduziert werden. Mit dieser Forderung stärken wir zum einen die Transparenz und Nachvollziehbarkeit an Hochschulen, zum anderen setzen wir die Standards und Leitlinien für die Qualitätssicherung im Europäischen Hochschulraum (ESG) in der Fassung von 2015 um. Dort heißt es „Hochschulen gewährleisten, dass die angebotenen Studiengänge so durchgeführt werden, dass sie die Studierenden ermutigen, eine aktive Rolle in der Gestaltung des Lernprozesses zu übernehmen, und dass dieser Ansatz auch bei der Beurteilung der Studierenden / bei Prüfungen berücksichtigt wird.“. Prüfungs-, Studien- und Zulassungsordnungen regeln wichtige, für alle Studierenden gleichermaßen geltende Rahmenbedingungen. Hier können Studierende nur mitgestalten, wenn ihnen die entsprechenden Vorhaben bereits in der Diskussionsphase, spätestens aber vor der Beschlussfassung zugänglich gemacht werden. Hier sind explizit nicht nur einzelne Studierende hinzuzuziehen, sondern nach Möglichkeit alle Studierenden, die Interesse an einer Mitgestaltung und Mitwirkung haben. Solange Überlegungen zur Weiterentwicklung von Prüfungsordnungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit diskutiert und verabschiedet werden, können Studierende nicht für die Mitwirkung an der Weiterentwicklung von Lehre und Studium gewonnen werden. Bisher findet nur eine Einbindung weniger Studierender statt, die oft im Unklaren darüber gelassen werden, welche Möglichkeiten und Rechte sie haben. Nicht nur bleibt oft unklar, ob Sitzungsunterlagen aus Studienkommissionen, Prüfungsausschüssen oder Sitzungen des Senats weitergereicht oder mit anderen Studierenden außerhalb der Gremien besprochen werden dürfen, auch wird die Einbindung von Wissen weiterer Student*innen in den jeweiligen Gremien unterbunden oder erschwert. Diese Unsicherheit kann durch die grundlegende (Hochschul)Öffentlichkeit der Sitzungen unterbunden und die Wissensweitergabe erleichtert werden. So können die Interessen der Studierenden einfach und bestmöglich eingebunden und ins Zentrum gerückt werden, was ein elementares Ziel des Bolognaprozesses darstellt.

In den meisten Bundesländern tagen die Gremien der Hochschulen bereits öffentlich und die Nichtöffentlichkeit wird gesondert geregelt (Sachsen, Hessen, NRW, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, MVP). In anderen Ländern treffen die Hochschulen die Entscheidung in

ihren Ordnungen (Bayern, Thüringen, Saarland, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt). Nur in Baden-Württemberg sieht das Hochschulgesetz explizit vor, dass Sitzungen nicht-öffentlich sind. Daher fordern wir die Änderung des § 10 Abs. 4 LHG „Die Gremien tagen nicht öffentlich mit Ausnahme der Abstimmung in Angelegenheiten nach § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummern 1 und 2 [Anmerkung: Wahl der Haupt- und Nebenamtlichen Rektoratsmitglieder] und der Behandlung der Angelegenheiten nach § 19 Absatz 1 Satz 2 Nummern 12 bis 14 [Anmerkung: Beschlussfassung über die Grundordnung und ihre Änderungen; Erörterung des Jahresberichts der Rektorin oder des Rektors in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Hochschulrat; Erörterung des Jahresberichts der Gleichstellungsbeauftragten] sowie der Aussprachen nach § 18a Absatz 3 Satz 1 [Anmerkung: Hochschulöffentliche Aussprache vor Abwahl von Rektoratsmitgliedern durch die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer], § 24a Absatz 3 Satz 1 [Anmerkung: Fakultätsöffentliche Aussprache vor Abwahl des*der Dekan*in durch die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer] und § 27e Absatz 3 Satz 1 [Anmerkung: Abwahl der*des Rektor*in der Studienakademie durch die Gruppe der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer an der DHBW]; der Senat kann darüber hinaus in anderen Angelegenheiten nach § 19 Absatz 1 [Anmerkung: Sonstige Zuständigkeiten des Senats] die Hochschulöffentlichkeit zulassen. Der Senat kann den Ausschluss der Hochschulöffentlichkeit bei Störungen beschließen. Entscheidungen in Personalangelegenheiten erfolgen in geheimer Abstimmung; die Grundordnung kann für bestimmte Fallgruppen Ausnahmen vorsehen; Voraussetzung ist im Einzelfall, dass das Gremium die offene Abstimmung einstimmig beschließt.“ zu „Die Gremien tagen **(hochschul)öffentlich mit Ausnahme von Personalangelegenheiten** [Anmerkung: und ggf. weiterer Ausnahmen, die vom Gesetzgeber hier vorgegeben werden sollen]. **Immatrikulations-, Zulassungs-, Studien- und Prüfungsordnungen sind immer öffentlich zu behandeln. Der Senat kann mit absoluter Mehrheit die Nichtöffentlichkeit beschließen.** Der Senat kann den Ausschluss der Hochschulöffentlichkeit bei Störungen beschließen. Entscheidungen in Personalangelegenheiten erfolgen in geheimer Abstimmung; die Grundordnung kann für bestimmte Fallgruppen Ausnahmen vorsehen; Voraussetzung ist im Einzelfall, dass das Gremium die offene Abstimmung einstimmig beschließt. **Die Protokolle sind der (Hochschul)Öffentlichkeit zugänglich zu machen.**“

Forderung: Senatsausschüsse und deren Sprecher*innen

Weiteres Steigerungspotential beim Senat sehen wir durch eine Stärkung der Ausschüsse und deren Sprecher*innen. Die Rolle aller Statusgruppen im Senat kann dadurch gestärkt werden, dass die Sprecher*innen des Senats gemäß § 19 Abs. 1 Satz 4 ff aus unterschiedlichen Statusgruppen stammen sollen. Außerdem ist es erforderlich, dass die Zuständigkeiten für Ausschüsse, die der Senat einrichtet, geregelt und in Ordnungen festgehalten werden. Bisher

herrscht teilweise Verwirrung darüber, welche Aufgaben die Ausschüsse übernehmen. Die Klarheit der Zuständigkeiten soll es zudem Außenstehenden ermöglichen, ihre Anträge an die zuständigen Gremien zu richten. Auch im Kontext der Akkreditierung ist die Transparenz hinsichtlich der Zuständigkeiten von Gremien, auch mit Blick auf studentische Beteiligung, dringend geboten.

Wir fordern daher die Änderung des § 19 Abs. 1 Satz 4 ff. „Die Grundordnung kann vorsehen, dass der Senat oder dessen Gruppen nach § 10 Absatz 1 Satz 2 Sprecherinnen oder Sprecher wählen. Der Senat kann beschließende und beratende Ausschüsse bilden. Die stimmberechtigten Mitglieder der beschließenden Ausschüsse müssen Mitglieder des Senats sein; die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer müssen in diesen Ausschüssen die Mehrheit haben. [...]“ hin zu „Die Grundordnung kann vorsehen, dass der Senat oder dessen Gruppen nach § 10 Abs. 1 Satz 2 Sprecherinnen oder Sprecher, **die unterschiedlichen Statusgruppen angehören sollen**, wählen. **Der Senat wählt in seiner ersten Sitzung eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden**. Der Senat kann beschließende und beratende Ausschüsse bilden, **deren Zuständigkeit je in einer entsprechenden Ordnung festzulegen ist**. Die stimmberechtigten Mitglieder der beschließenden Ausschüsse müssen Mitglieder des Senats sein; die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer müssen in diesen Ausschüssen die Mehrheit haben. [...]“.

Forderung: Entautomatisierung

Die*der Rektor*in übernimmt aktuell automatisch den Vorsitz des Rektorats, des Senats und dessen Gremien. Um diese demokratischer und autonomer zu gestalten, halten wir es für sinnvoll, dass es diesen ermöglicht wird, selbst einen Vorsitz zu wählen. Gleiches gilt für die Rolle des Dekanats auf Fakultätsebene. Die*der Rektor*in muss unseres Erachtens nach nicht automatisch den Vorsitz von Gremien übernehmen; vielmehr sollen die Gremien selbst einen Vorsitz wählen können und wählen. Diese Maßnahme lässt die Gremien demokratischer werden und entlastet die*den Rektor*in.

Daher fordern wir, § 17 (1) Satz 2 und 3 „Sie oder er *[Anmerkung: Die*Der Rektor*in]* ist Vorsitzende oder Vorsitzender des Rektorats, des Senats und seiner Ausschüsse. Sie oder er kann den Vorsitz in einem Ausschuss auf ein Mitglied des Ausschusses übertragen.“ durch „Sie oder er sitzt dem Rektorat, dem Senat und seinen Ausschüssen vor **bis eine Vorsitzende oder ein Vorsitzender des jeweiligen Gremiums gewählt worden ist**. Sie oder er kann den Vorsitz **bis zur Wahl** auch einem anderen Mitglied des Rektorats, des Senats oder seiner Ausschüsse übertragen.“ zu ersetzen.

Gleiches gilt für § 24 (1) „Sie oder er *[Anmerkung: Die*der Dekan*in]* ist Vorsitzende oder Vorsitzender des Dekanats und des Fakultätsrats. [...]“. Hier lautet unsere Forderung: „Sie oder er ist Vorsitzende oder Vorsitzender des Dekanats, sowie des Fakultätsrats **bis dieser eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden gewählt hat**.“.

Und auch für § 26 (1) Satz 4 ff. „Den Vorsitz einer Studienkommission führt die Studiendekanin oder der Studiendekan. Bei fakultätsübergreifenden Studienkommissionen bestimmt das Rektorat, welche Studiendekanin oder welcher Studiendekan den Vorsitz führt. Ist die Hochschule nicht in Fakultäten oder Sektionen untergliedert, werden Vorsitzende oder Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende oder stellvertretender Vorsitzender vom Senat bestimmt.“ ist dasselbe Verfahren anzuwenden. Auch hier soll die gewählte Studienkommission selbstständig ihre*n Vorsitzende*n wählen und eigenständig bestimmen, um die Kommissionen demokratischer zu machen. Da der Sitzungsvorsitz nicht notwendigerweise aus dem Amt der*des Studiendekan*in hervorgeht, kann diese Aufgabe ohne Weiteres auch von anderen Mitgliedern des Gremiums wahrgenommen werden. Eine Aufweichung kann die Belastung der*des Studiendekan*in senken ohne das Wahrnehmen des Vorsitzes durch eine*n Studiendekan*in auszuschließen.

Forderung: Stellungnahme der VS zu Zulassungs-, Studien-, und Prüfungsordnungen

Die VS und deren Organe als Vertretung der Studierenden müssen zu Zulassungs-, Studien-, und Prüfungsordnungen - ebenso wie der Doktorandenkonvent zu Promotionsordnungen - Stellungnahmen abgeben können. Warum dem Doktorandenkonvent dieses Recht zufällt und der Studierendenschaft für ihren Bereich nicht, ist nicht ersichtlich. Der Sinn und Zweck einer Begutachtung dieser Ordnungen durch die Organe der Studierenden ergibt sich von selbst. Daher fordern wir das Einfügen eines entsprechenden Satzes in § 65a Abs. 6 LHG „Die Organe der Studierendenschaft haben das Recht, im Rahmen ihrer Aufgaben Anträge an die zuständigen Kollegialorgane der Hochschule zu stellen; diese sind verpflichtet, sich mit den Anträgen zu befassen. Die Studierendenschaft kann nach Maßgabe ihrer Organisationssatzung jeweils eine Vertreterin oder einen Vertreter benennen, die oder der an allen Sitzungen des Senats und des Fakultätsrats mit beratender Stimme teilnehmen kann. **Entwürfe für Zulassungs-, Studien- und Prüfungsordnungen werden der Studierendenschaft zur Stellungnahme zugeleitet; die Stellungnahme wird den Senatsunterlagen beigelegt.**“.

Forderung: Verkürzung der Amtszeit des Rektors/der Rektor*in

Eine achtjährige Amtszeit von Rektor*innen ist zu lange. Auch die Möglichkeit zur wiederholten Wahl ist nicht im Sinne demokratischer Grundstrukturen. Die Praxis an Hochschulen zeigt, dass diese Strukturen und Verfahren vielfach ausgenutzt werden. Daher fordern wir zunächst die Festschreibung der Amtszeit auf 6 Jahre; weitergehend die Begrenzung auf eine einzige mögliche Wiederwahl. Mit beiden Maßnahmen erhoffen wir uns eine Stärkung der demokratischen Strukturen an den Hochschulen, die einer zu großen Einflussnahme durch den*die Rektor*in entgegenwirken soll. Damit stärken wir zum einen das

Gleichgewicht der universitären Organe, zum anderen verbessern wir die Stellung des Senates gegenüber dem Rektorat, ohne dabei das Amt der*des Rektor*in unnötig zu schwächen. Zudem wird durch diese Maßnahme die Pluralität an Hochschulen gefördert sowie die Attraktivität des Amtes der*des Rektor*in gesteigert, da gewählte Professor*innen nach absehbarer Zeit wieder zurück in die Forschung und Lehre kommen, den Standort wechseln können und somit Flexibilität in ihrem Tun und Handeln gewinnen.

Daher fordern wir die Änderung des § 17 Abs. 2 Satz 2 LHG „Die Amtszeit beträgt sechs bis acht Jahre; die Entscheidung darüber trifft der Hochschulrat.“ zu „Die Amtszeit beträgt **sechs Jahre; eine Wiederwahl ist nur einmal zulässig.**“.

Forderung: Unabhängigere Wahl der*des Dekanin/-s

Um die Unabhängigkeit der Fakultäten zu stärken, fordern wir, dass der*die Dekan*in nicht auf Vorschlag der*des Rektor*in gewählt wird. Es ist nicht einzusehen, weshalb die*der Rektor*in ein Vorschlagsrecht und damit eine Steuerungsmöglichkeit für die Wahl des*der Dekan*in haben sollte. Gleichzeitig bringt die Änderung dieses Verfahrens eine Entbürokratisierung des Verfahrens mit sich. Daher fordern wir die ersatzlose Streichung des § 24 Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 2 „die Rektorin oder der Rektor hat ein den Fakultätsrat nicht bindendes Vorschlagsrecht.“.

Forderung: Stimmberechtigung der Mitglieder des Rektorats einschränken

Um die Unabhängigkeit des Senats zu stärken, sollten Exekutive und Legislative stärker voneinander getrennt werden. Daher sollten Rektor*in und Rektoratsmitglieder, die für den Bereich der Wirtschafts- und Personalverwaltung zuständig sind, beratende Mitglieder des Senats sein:

Wir fordern daher die Änderung des § 19 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 „Die Zusammensetzung des Senats wird in der Grundordnung geregelt mit der Maßgabe, dass [...] die Rektorin oder der Rektor, das Rektoratsmitglied für den Bereich der Wirtschafts- und Personalverwaltung sowie die Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule stimmberechtigte Mitglieder kraft Amtes sind [...]“ hin zu „Die Zusammensetzung des Senats wird in der Grundordnung geregelt mit der Maßgabe, dass [...] die Rektorin oder der Rektor, das Rektoratsmitglied für den Bereich der Wirtschafts- und Personalverwaltung sowie die Gleichstellungsbeauftragte der Hochschule **beratendes** Mitglied kraft Amtes sind [...]“.

Forderung: Student*innen in Kommissionen

Wir halten es für essenziell, dass Student*innen an der Findungskommission von Rektor*in, Kanzler*in und Hochschulrat mitwirken und ein Stimmrecht ausüben können. Außerdem sprechen wir uns für eine paritätische Besetzung der Findungskommissionen aus. Daher sollen § 18 (1) „Zur Vorbereitung der Wahl eines hauptamtlichen Rektoratsmitglieds setzt die oder der Vorsitzende des Hochschulrats eine Findungskommission ein, deren Vorsitz sie oder er innehat. Der Findungskommission gehören einschließlich der oder des Vorsitzenden des Hochschulrats gleich viele Mitglieder des Hochschulrats und des Senats, die nicht dem Rektorat angehören, sowie beratend eine Vertreterin oder ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums an; die Grundordnung regelt die konkrete Zusammensetzung der Kommission im Einvernehmen mit dem Hochschulrat. [...]“ und § 20 „Zur Auswahl der Mitglieder des Hochschulrats wird eine Findungskommission aus Mitgliedern des Senats, die nicht dem Rektorat angehören, und Vertreterinnen oder Vertretern des Wissenschaftsministeriums, die in der Summe so viele Stimmen führen, wie Senatsmitglieder der Kommission angehören, gebildet; die Zahl der Senatsmitglieder legt die Grundordnung fest. Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Hochschulrats nimmt beratend an den Sitzungen der Findungskommission teil. [...]“ folgendermaßen verändert werden:

§ 18 Absatz 1:

„Zur Vorbereitung der Wahl eines hauptamtlichen Rektoratsmitglieds setzt die oder der Vorsitzende des Hochschulrats eine Findungskommission ein, deren Vorsitz sie oder er innehat. Der Findungskommission gehören einschließlich der oder des Vorsitzenden des Hochschulrats gleich viele Mitglieder des Hochschulrats und des Senats **sowie ein von der Studierendenschaft ernanntes Mitglied an. Vom Senat entsandte Mitglieder setzen sich zu gleichen Teilen aus Angehörigen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, der Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Studierendenschaft zusammen; sie dürfen nicht dem Rektorat angehören. Hinzu kommt** beratend eine Vertreterin oder ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums; die Grundordnung regelt die konkrete Zusammensetzung der Kommission im Einvernehmen mit dem Hochschulrat.“

§ 20 Absatz 4:

Bei der Findungskommission für den Hochschulrat gemäß § 20 Abs. 4 LHG:
„Zur Auswahl der Mitglieder des Hochschulrats wird eine Findungskommission aus Mitgliedern des Senats, die nicht dem Rektorat angehören, und Vertreterinnen oder Vertretern des Wissenschaftsministeriums, die in der Summe so viele Stimmen führen, wie Senatsmitglieder der Kommission angehören, gebildet; die Zahl der Senatsmitglieder legt die Grundordnung fest. **Zudem nimmt ein durch die Studierendenschaft ernanntes Mitglied an der Findungskommission teil. Vom Senat entsandte Mitglieder setzen sich zu gleichen Teilen aus**

Angehörigen der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, der Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Studierendenschaft zusammen. Eine Vertreterin oder ein Vertreter des Hochschulrats nimmt beratend an den Sitzungen der Findungskommission teil.“

Auch sollten in allen anderen Gremien die studentischen Mitglieder von der Studierendenschaft gewählt werden. Bisher besteht das Problem, dass Student*innen, die nicht über die Studierendenschaft gewählt wurden, niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Damit einher geht auch ein Mangel an Rückbindung an die Studierendenschaft im Allgemeinen, welche jedoch erforderlich ist, um repräsentativ die Interessen der Student*innen zu vertreten. Daher fordern wir die Änderung des § 10 Abs. 2 „Die Mitglieder eines Gremiums werden, soweit sie dem Gremium nicht kraft Amtes angehören, für eine bestimmte Amtszeit bestellt oder gewählt; sie sind an Weisungen und Aufträge ihrer Gruppe nicht gebunden. [...]“ Zu „Die Mitglieder eines Gremiums werden, soweit sie dem Gremium nicht kraft Amtes angehören, für eine bestimmte Amtszeit bestellt oder gewählt; sie sind an Weisungen und Aufträge ihrer Gruppe nicht gebunden. **Die studentischen Mitglieder in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung werden von der Studierendenschaft ernannt.** [...]“

Auch die studentischen Mitglieder in der Gleichstellungskommission sollen von der Studierendenschaft benannt werden. Daher soll auch § 4 Abs. 6 LHG „Der Senat soll eine Gleichstellungskommission als beratenden Ausschuss nach § 19 Absatz 1 Satz 5 einrichten.“ wie folgt geändert werden: „Der Senat soll eine Gleichstellungskommission als beratenden Ausschuss nach § 19 Abs. 1 Satz 5 einrichten. **Die studentischen Mitglieder sind von der Studierendenschaft zu ernennen.**“ Alternativ könnte hier auch ein Vorschlagsrecht der Studierendenschaft gegenüber dem Senat vorgesehen werden. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass die studentischen Mitglieder nicht zwingend Mitglieder des Senats sein sollen bzw. sein müssen. Dies dient unter anderem dem Schutz und der Entlastung der studentischen Senatorinnen und Senatoren, die z.B. in ihrer Funktion zusätzlich auch schon Amtsmitglied des Studierendenrats sind und somit ehrenamtlich Großes leisten.

Auch in § 26 Abs. 1 Satz 1 „Der Fakultätsrat bestellt für die mit Lehre und Studium zusammenhängenden Aufgaben eine Studienkommission, der höchstens zehn Mitglieder, davon vier Studierende, von denen eine oder einer Mitglied des Fakultätsrats oder der Fachgruppe sein soll, angehören.“ soll entsprechend ergänzt werden, dass die Studierendenschaft die Studierenden für die Studienkommission vorschlägt: „Der Fakultätsrat bestellt für die mit Lehre und Studium zusammenhängenden Aufgaben eine Studienkommission, der höchstens zehn Mitglieder, davon vier Studierende, von denen eine oder einer Mitglied des Fakultätsrats oder der Fachgruppe sein soll, angehören. **Die Studierendenschaft schlägt die Studierenden für die Studienkommission vor.**“

Eine starke und kontinuierliche Einbindung der Studierendenschaft, ihrer Organe und Vertreter*innen ist uns genauso wichtig wie die paritätische Besetzung der Gremien nach Statusgruppen. Wo dies möglich und sinnvoll ist, möchten wir diese Parität nach Statusgruppen erreichen.

Forderung: Stellvertretung im Senat und Fakultätsrat vereinfachen

Die derzeitige Gesetzeslage sieht nur für Amtsmitglieder im Senat und Fakultätsrat zwingend eine Stellvertretung vor. Für die Vertreter*innen der Statusgruppen ist es dagegen auch zulässig, z.B. lediglich eine schriftliche Übertragung des Stimmrechts vorzusehen. Dies ist aus Sicht der akademischen und administrativ-technischen Mitarbeiter*innen, der Studierenden und der Doktorand*innen unbefriedigend. Besonders in den Senaten besitzen diese Statusgruppen häufig nur einen kleinen Anteil der Mitglieder. Gerade für diese Gruppen ist es daher wichtig, dass Vertreter*innen der Studierendenschaft das Anwesenheits-, Antrags- und Rederecht, aber auch den Informationsaustausch wahrnehmen können.

Daher schlagen wir für § 10 Abs. 6 LHG „Mitglieder kraft Amtes werden durch ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter vertreten. Für Wahlmitglieder legt die Wahlordnung eine Stellvertretung fest; sie kann auch eine schriftliche Übertragung des Stimmrechts innerhalb der gleichen Gruppe vorsehen.“ folgende Konkretisierung vor: „Mitglieder kraft Amtes werden durch ihre Stellvertreterinnen oder Stellvertreter vertreten. Für Wahlmitglieder legt die Wahlordnung eine Stellvertretung fest; **sie kann eine schriftliche Übertragung des Stimmrechts innerhalb der gleichen Gruppe vorsehen, wenn keine Stellvertreterin oder kein Stellvertreter mehr zur Verfügung steht.**“

Auch die Vertretung bei den durch die Studierendenschaft ernannten Mitgliedern in Senat und Fakultätsräten ist bisher nicht explizit festgeschrieben. Sie wird zwar allgemein anerkannt, eine Verankerung im Gesetzestext wäre dennoch wünschenswert. Daher fordern wir die Ergänzung des § 65a Abs. 6 Satz 2 LHG „Die Studierendenschaft kann nach Maßgabe ihrer Organisationssatzung jeweils eine Vertreterin oder einen Vertreter benennen, die oder der an allen Sitzungen des Senats und des Fakultätsrats mit beratender Stimme teilnehmen kann.“ um „Die Studierendenschaft kann nach Maßgabe ihrer Organisationssatzung jeweils eine Vertreterin oder einen Vertreter **sowie eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter** benennen, die oder der an allen Sitzungen des Senats und des Fakultätsrats mit beratender Stimme teilnehmen kann.“

Forderung: Passives Wahlrecht

Die bisherige Regelung im LHG sieht vor, dass Hochschulen bestimmen können, ob Student*innen im Praxissemester Mitglied eines Gremiums bleiben können oder nicht. Lehramtsstudent*innen betrifft dies bspw. aufgrund des 12-wöchigen Praxissemesters, das üblicherweise Anfang September beginnt und

noch vor Weihnachten endet. Unsere Erfahrung zeigt, dass in den meisten Fällen damit genügend Zeit für die Wahrnehmung eines Amtes in der Selbstverwaltung bleibt. Oftmals stellt es sich sogar als ein besonders produktives Semester heraus, in dem ein besonders großer hochschulpolitischer Gestaltungswille möglich wird. Die Einschätzung, inwieweit ein Praxissemester zu einer mit der Wahrnehmung eines Amtes in der Selbstverwaltung unvereinbaren Mehrbelastung führt, kann also nicht pauschal vorgenommen werden. Daher sollte es den betroffenen Studierenden selbst überlassen werden, zu beurteilen, ob sie in ihrer jeweiligen Lage den Pflichten des Amtes adäquat nachkommen können. Für einen selbstgefassten Beschluss gibt es mehr als genug Möglichkeiten, sei es durch Stellvertretung, Rücktritt oder fortgeführtes Engagement. Des Weiteren führt die bestehende Regelung zu Unklarheiten bezüglich der Wählbarkeit beurlaubter Student*innen, deren Tätigkeit in Ämtern der Selbstverwaltung erst nach Ende der Beurlaubung beginnt. Dass hieraus eine mit der Amtswahrnehmung inkompatible Mehrbelastung entstehen könnte, ist offenkundig ausgeschlossen.

Daher fordern wir, § 9 Absatz 7 Satz 3 Halbsatz 2 „[...] im Übrigen regeln die Hochschulen in der Grundordnung, ob und inwieweit Studierende, die ein verpflichtendes Praxissemester ableisten, ein Amt in der Selbstverwaltung ausüben dürfen.“ zu **streichen**. Wir wollen die verantwortungsvolle Wahrnehmung ehrenamtlichen Engagements in der Selbstverwaltung stärken.

Forderung: Anerkennung von studentischem Engagement in der akademischen und studentischen Selbstverwaltung

Wir halten es für wichtig, studentisches Engagement gesetzlich anzuerkennen und bei der Berechnung von Prüfungsfristen zu berücksichtigen. Die bisherige Regelung in § 32 Abs. 6 LHG sieht vor, dass die*der Rektor*in darüber entscheidet. Es ist nicht erkennbar, weshalb die*der Rektor*in geeignet sein soll, einzuschätzen, ob das Amt und die Ausübung des Amtes die Nicht-Berücksichtigung rechtfertigt, und weshalb eine solche Rechtsunsicherheit geschaffen werden soll. Zudem wird so eine Abhängigkeit der Student*innen von der*dem Rektor*in geschaffen, die wir für problematisch halten. Der Anspruch auf Nicht-Berücksichtigung soll daher gesetzlich festgelegt werden. Hier ist das Bundesland Sachsen Vorreiter. In § 20 Abs. 4 SächsHSFG heißt es: „Bei Studenten, die mindestens eine Wahlperiode in den Organen der Hochschule, der Studentenschaft, des Studentenwerkes oder der Studienkommission nach diesem Gesetz mitgewirkt haben, wird die Studienzeit von einem Semester nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet. Bei einer mehrjährigen Mitwirkung wird eine Studienzeit von 3 Semestern nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet.“. Wir schlagen daher vor, § 32 Absatz 6 „Eine Tätigkeit als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgesehenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Hochschule oder des Studierendenwerks während mindestens eines Jahres kann bei der Berechnung der Prüfungsfristen bis zu einem Studienjahr unberücksichtigt bleiben; die Entscheidung darüber trifft die Rektorin oder der Rektor.“ folgendermaßen zu

ändern: **“Bei einer Tätigkeit als gewähltes Mitglied in gesetzlich vorgesehenen Gremien oder satzungsmäßigen Organen der Hochschule, **Gremien und Organen der studentischen Selbstverwaltung oder des Studierendenwerks während mindestens einer Wahlperiode** wird bei der Berechnung der Prüfungsfristen bis zu einem Jahr **nicht berücksichtigt. Bei einer mehrjährigen Mitwirkung wird die entsprechende Zahl an Jahren nicht berücksichtigt.**”**. Die Ausweitung des darzulegenden Zeitraums ist der Problematik geschuldet, dass vielfach Module nur in einem Semester des Jahres angeboten werden. Somit kann zum Bestehen dieses einen Moduls die Verlängerung um ein Semester allein nicht ausreichend sein. Ein ehrenamtliches Engagement für die Studierendenschaft soll jedoch nicht im Extremfall in der Exmatrikulation durch die Universität enden. Hier gilt es, gesetzgeberisch eine notwendige Anpassung an die Lebensrealität von Studierenden und die Praxis an den Hochschulen vorzunehmen.

Forderung: Weniger Prüfungsdruck auf Student*innen

Ergänzend zur vorangegangenen Forderung sollte der Prüfungsdruck auf alle Studierende gesenkt werden. Der Druck auf Studierende ist vielfältig und hoch. Die enorme Belastung mindert – verständlicherweise – die Bereitschaft zum Engagement, da erst eine sorgenfreie Umgebung die Möglichkeit bietet, sich zu engagieren – sei es in der Hochschulpolitik, sei es in sozialen Initiativen, dem Sportverein oder der Nachbarschaft. Wir wünschen uns daher vom Gesetzgeber, hier vorausschauend zu handeln, den Leistungsdruck zu reduzieren und fruchtbare Rahmenbedingungen zu schaffen, damit es in wirklich allen Studienfächern möglich wird, das Studium mit einem zivilgesellschaftlichen Engagement zu verbinden.

Der demographische Wandel, wachsende Anforderungen an Studierende durch zivilgesellschaftliche Teilhabe und wachsendes Verantwortungsbewusstsein innerhalb der Gesellschaft, sowie gleichzeitige finanzielle Belastungen, sei es durch hohe Miet- und Lebenskosten oder Belastungen wie Krankenkassenbeiträge und steuerliche Abgaben bei Arbeitstätigkeit neben dem Studium, erhöhen immer mehr den Druck auf die Studierenden. Nicht umsonst nimmt die Anzahl an psychologischen Erkrankungen von Studierenden zu. Dabei werden bei weitem statistisch nicht alle tatsächlichen Erkrankungen erfasst, denn vielfach scheuen sich Studierende vor dem Schritt zur Beratungsstelle oder der ärztlichen Behandlung. Insbesondere in Prüfungsphasen wird den Studierenden teils Unmenschliches abverlangt, worunter zum einen die Qualität des Studiums, zum anderen aber auch der Mehrwert und Nutzen des Studiums leiden. Bulimielernen ist vielfach der einzige Ausweg aus Zeitdruck und schlechter Verteilung von Klausuren und Prüfungen über das Jahr und geht einher mit teils massiven physischen Konsequenzen für Studierende, sei es durch Schlafentzug oder mangelnde Zufriedenheit mit der eigenen Leistung mangels Vorbereitungszeit. Wir fordern daher ein Umdenken der Politik.

Insbesondere in den Naturwissenschaften besteht diesbezüglich akuter Handlungsbedarf. In diesem Sinne empfehlen wir, § 32 Absatz 5 Satz 4 „Die Hochschulen können in ihren Prüfungsordnungen eine Frist festlegen, bis zu der sämtliche nach der Studien- und Prüfungsordnung für den Studienabschluss erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen erbracht sein müssen; diese Frist darf frühestens drei Semester nach der festgesetzten Regelstudienzeit enden.“ zu modifizieren und die Frist um weitere zwei Semester, auf insgesamt fünf, zu erhöhen: „Die Hochschulen können in ihren Prüfungsordnungen eine Frist festlegen, bis zu der sämtliche nach der Studien- und Prüfungsordnung für den Studienabschluss erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen erbracht sein müssen; diese Frist darf frühestens **fünf** Semester nach der festgesetzten Regelstudienzeit enden.“.

Wir fordern eine klare gesetzgeberische Entlastung und ein deutliches Signal an die Hochschulen und Studierenden, dass die Politik diese Probleme nicht nur sieht, sondern auch Engagement von Studierenden angemessen würdigt. So schaffen wir Freiräume für Studierende, die diese durch eigenständige Forschungsprojekte, Arbeitstätigkeit, ehrenamtliches Engagement und zusätzliche Praktika nutzen können.

Forderung: Abschaffung der Symptomangabe

Wir fordern die Abschaffung der Symptomangabe im Falle des Rücktritts von einer Prüfung. Wer aus Krankheitsgründen von einer Prüfung zurücktreten will, muss sich bisher auf seinem Attest die festgestellten Symptome anführen lassen und dem Prüfungsamt vorlegen. Durch die Angabe von Symptomen entstehen aus unserer Sicht jedoch keinerlei Vorteile gegenüber einem Attest, das lediglich die Prüfungsunfähigkeit bescheinigt. Weder schützt die Symptomangabe vor Betrug, noch verhindert sie die Entscheidung der Ärztinnen und Ärzte. Die Entscheidung wird lediglich indirekt mittels der aufgeführten Symptome getroffen. Im Gegensatz dazu sind die Nachteile vielfältig. Studierende werden gezwungen höchst sensible Daten preiszugeben und Menschen innerhalb ihres Lebensumfelds wie Prüfern, Dozenten, Kommilitonen bekannt zu machen, auch wenn diese zur Verschwiegenheit angehalten sind. Besonders bei stigmatisierten Erkrankungen führt dies regelmäßig dazu, dass Betroffene eher freiwillig durch die Prüfung fallen, als ihre Erkrankung mitzuteilen. Außerdem werden Entscheidungen über die Prüfungsfähigkeit so bisher von teils medizinisch ungeschulten Personen getroffen. Außerdem können Symptome allein niemals die fachkundige tatsächliche Einschätzung vollständig wiedergeben.

Wir fordern daher dem Vorbild NRW zu folgen und die Symptomangabe mit der **Einführung** eines neuen § 32 Absatz 4a „Für den Nachweis der krankheitsbedingten Prüfungsunfähigkeit reicht grundsätzlich eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Prüfungsunfähigkeit hin. Bestehen zureichende tatsächliche Anhaltspunkte, die eine Prüfungsfähigkeit als wahrscheinlich annehmen lassen oder den konkreten Nachweis in Zweifel ziehen, sind die Hoch-

schulen berechtigt eine Bescheinigung einer Vertrauensärztin oder eines Vertrauensarztes über die Prüfungsunfähigkeit anzufordern. Den Studierenden sind mehrere Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzte zur Auswahl zu stellen. Die Hochschulen dürfen keine Symptome oder Diagnosen anfordern.“ zu untersagen.

Hierbei handelt es sich ausdrücklich um eine Regelung zur Feststellung der Prüfungsunfähigkeit. Symptomangaben zur Feststellung von Maßnahmen zum Nachteilsausgleich sind ausdrücklich hiervon nicht betroffen. Analog zur Beschlussfassung müssen die Prüfungsausschüsse bzw. die Hochschulen eine für Studierende leicht zugängliche, transparente Liste an Vertrauensärztinnen und Vertrauensärzten anlegen.

Forderung: Privilegien für sog. Exzellenz-Universitäten streichen

Wir halten es für ein fatales Signal, dass die sogenannten „Exzellenzuniversitäten“ von den Vorgaben zur Struktur- und Entwicklungsplanung und von den gesetzlichen Berichtspflichten abweichen dürfen. Gerade diese Hochschulen sollten vielmehr mit gutem Beispiel vorangehen und die Vorgaben des LHG besonders vorbildlich erfüllen, statt sich ihnen zu entziehen. Da die sogenannten „Exzellenzuniversitäten“ noch in höherem Maße öffentliche Gelder erhalten, muss hier vielmehr ein besonderes Augenmerk auf die Berichtspflicht gelegt werden. Eine gesetzgeberische Entbindung der Hochschulen wirkt auf uns wie ein fatales Signal dafür, dass man sich von Pflichten mit genug Erfolg in der Einwerbung von Forschungsgeldern freikaufen kann. Dieser Eindruck lässt sich für uns mit keiner Begründung rechtfertigen. Wir fordern daher in aller Deutlichkeit die **Streichung** des § 76 Abs. 3 „Hochschulen, die im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen beziehungsweise im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern gemäß Artikel 91 b Absatz 1 des Grundgesetzes zur Förderung von Spitzenforschung an Universitäten (Exzellenzstrategie) gefördert werden, können durch Satzung, die des Einvernehmens des Hochschulrats und der Zustimmung des Wissenschaftsministeriums bedarf, für die Dauer von bis zu fünf Jahren von ihren durch dieses Gesetz auferlegten Berichtspflichten und von Vorgaben dieses Gesetzes zur Struktur- und Entwicklungsplanung abweichen. Absatz 1 Sätze 2 und 3 gilt entsprechend.“

Forderung: Transparenz bei Drittmitteln

Bisher ist im LHG bezüglich der Dokumentation der Finanzierung lediglich geregelt, dass die Hochschulen Register über die Forschungsvorhaben, die Daten der beteiligten Personen und weiterer Details führen müssen. Auch wenn in diesem Zusammenhang „Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, Anmeldung eines Schutzrechts sowie geistiges Eigentum“ (etc.) gewahrt werden müssen, so kann eine Novelle des LHGs doch zumindest die Barriere der Einsichtnahme senken und so eine gewisse Transparenz schaffen. Daher fordern wir, jedem Mitglied

der Hochschule das Recht einzuräumen, Anfragen an die Vertrauenskommission stellen zu können, um die Prüfung, inwiefern Hindernisse nach § 41 a Absatz 4 Punkte 1 - 4 tatsächlich vorliegen, zu erleichtern. In diesem Sinne sprechen wir uns auch für die **Streichung** des für Anfragen des Senats formulierten Quorums nach § 41a Absatz 4 Satz 1 „Darüber hinaus können der Senat oder wenigstens ein Viertel der Mitglieder des Senats Auskunft aus dem Vorhabenregister verlangen“, welches es für normale Anfragen im Übrigen auch nicht gibt, aus.

Die Möglichkeit zur Anrufung der Vertrauenskommission für alle Mitglieder der Hochschule im ersten Schritt und die Abschaffung des Quorums für Senatsmitglieder im zweiten Schritt stellt für uns den offenen Umgang mit der Darstellung und Aufschlüsselung von Drittmitteln sicher. Nur durch einen offenen, transparenten und nachvollziehbaren Umgang mit Drittmitteln lässt sich ein Vertrauensgewinn erreichen.

Forderung: Verbandsklagerecht für Verfasste Studierendenschaften

Worüber die Verfasste Studierendenschaft – anders als Behinderten-, Verbraucherschutzverbände und sogar Tierschutzvereine – bislang noch nicht verfügt, ist ein Verbandsklagerecht. Ihr ist also die Möglichkeit verwehrt, stellvertretend für alle Student*innen der Hochschule oder des Landes zu klagen und die gesamten Möglichkeiten des Rechtsstaats in Anspruch zu nehmen, wenn sie allgemeine studentische Interessen gesetzeswidrig verletzt wähnt. Noch bleibt den Verfassten Studierendenschaften somit nichts anderes übrig, als einzelne Betroffene zu einer Klage zu ermutigen, ihre Anwalts- und Prozesskosten zu übernehmen und quasi indirekt in Erscheinung zu treten. So bleiben offenkundige Probleme und Sachverhalte oft über Jahre hinweg ungeklärt, da einzelne Personen sich nicht oder nur selten zu klagen trauen. Gerade bei ausländischen und/oder zukünftigen Studenten*innen ist es oft ein mühevolleres Unterfangen, die Studierenden selbst zur Klage zu motivieren, da diese mit ihrem Namen für die Klage einstehen. In derartigen Fällen wird es sogar noch komplizierter, je länger sich ein Prozess hinzieht. Sollte sogar der Gang durch mehrere Instanzen erforderlich sein, was der Rechtsstaat zur Klärung von Grundsatzfragen bekanntlich ausdrücklich vorsieht, wird es zu einem vollends unsicheren Unterfangen. Daher fordern wir die Einführung eines Verbandsklagerechts, wie es z.B. in Form des TierSchMVG bereits bestehendes Landesrecht ist. Die Verfassten Studierendenschaften sollen und wollen stellvertretend für die Rechte der Studierenden einstehen. Wir fordern den Gesetzgeber auf, hierzu die notwendigen Schritte einzuleiten und die Verfassten Studierendenschaften in ihrer Funktion zu stärken. Mit der formulierten Pflicht zur Wahrnehmung der hochschulpolitischen, fachlichen und fachübergreifenden sowie der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden, der Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden sowie der Förderung der Chancengleichheit und den Abbau von Benachteiligungen innerhalb der Studierendenschaft im Gesetzestext fühlen sich die

Verfassten Studierendenschaften verpflichtet, sich für die Studierenden und deren Rechte einzusetzen. Das Einräumen des Verbandsklagerechts für Verfasste Studierendenschaften ist daher ein nötiger Schritt hin zu einer konsequenten Umsetzung des LHG. Wir fordern hier den Gesetzgeber auf, die Rechte der Verfassten Studierendenschaften zu stärken und durch die Stärkung der Verfassten Studierendenschaften die einzelnen Studierenden in diesem Punkt zu entlasten. Die Verfassten Studierendenschaften setzen sich zusammen aus allen Studierenden der Hochschule; als solcher Zusammenschluss ist ein gemeinschaftliches Verbandsklagerecht überfällig.

Forderung: Hausrecht für VS

Bisher ist die Übertragung des Hausrechtes für die Räumlichkeiten der Studierendenschaft im LHG nicht explizit erwähnt. Da die Studierendenschaft aber naturgemäß selbst in ihren Räumlichkeiten für Ordnung sorgen und ggf. Teilnehmer*innen von Veranstaltungen ausschließen können muss, wäre eine gesetzliche Klarstellung wünschenswert. Hier stellt sich hochschulspezifisch die Frage nach der geeigneten Person zur Ausübung des Hausrechts. Sinnvoll erscheinen hier vor allem die Vorsitzenden der VS, was sich jedoch an der DHBW mit ihren zahlreichen Akademien und Standorten als unpraktisch darstellt. Hier benötigt es eine eigene Lösungsfindung, zu der wir Land mit einer möglichst weitreichenden Vereinheitlichung im LHG auffordern. Wir sprechen uns daher für die Neufassung dieser Problematik in § 17 Abs. 8 „Die Rektorin oder der Rektor wahrt die Ordnung in der Hochschule und übt das Hausrecht aus. Sie oder er kann die Ausübung des Hausrechts allgemein oder im Einzelfall übertragen, insbesondere Dekaninnen und Dekanen, Rektorinnen oder Rektoren der Studienakademie und denjenigen, die Hochschuleinrichtungen im Sinne von § 15 Absatz 7 oder 8 leiten oder geschäftsführend leiten, sowie Lehrpersonen in ihren Lehrveranstaltungen.“ durch folgende Änderung aus: „Die Rektorin oder der Rektor wahrt die Ordnung in der Hochschule und übt das Hausrecht aus. Sie oder er kann die Ausübung des Hausrechts allgemein oder im Einzelfall übertragen, insbesondere Dekaninnen und Dekanen, Rektorinnen oder Rektoren der Studienakademie und denjenigen, die Hochschuleinrichtungen im Sinne von § 15 Absatz 7 oder 8 leiten oder geschäftsführend leiten, **ebenso den Vorsitzenden des exekutiven Organs der Studierendenschaft nach § 65 a Absatz 3 Satz 4 LHG**, sowie Lehrpersonen in ihren Lehrveranstaltungen. **Näheres hierzu regelt die jeweilige Hausordnung der Hochschule.**“.

So schaffen wir eine landeseinheitliche Regelung im Gesetz, die die Übertragbarkeit auf die Verfassten Studierendenschaften abbildet. Die bisher sehr unterschiedliche Praxis an den Hochschulen, die vielfach auf Unsicherheiten in der gesetzgeberischen Auslegung zurückzuführen sind, dürften somit vereinheitlicht werden. Wir fordern hier eine Klarstellung des Gesetzgebers und eine verbindliche Regelung im Umgang mit den Verfassten Studierendenschaften an den unterschiedlichen Hochschulen. Eine unterschiedliche Handhabung an den

Hochschulen ist für uns nicht nachvollziehbar und sollte daher vereinheitlicht werden.

Forderung: Wiederaufnahme des politischen Mandats in das LHG

Wir sprechen uns dafür aus, das politische Mandat wieder explizit ins LHG aufzunehmen. In § 65 Abs. 4 „Die Studierendenschaft wahrt nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität.“ fordern wir daher die Wiederaufnahme des politischen Mandats durch das **Einfügen** eines Satz 1 **"Im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben nimmt die Studierendenschaft ein politisches Mandat wahr.** Die Studierendenschaft wahrt nach den verfassungsrechtlichen Grundsätzen die weltanschauliche, religiöse und parteipolitische Neutralität."

Wir halten dies für ein wichtiges Zeichen gegenüber den Studierenden. Zur Erläuterung verweisen wir auf die Positionierung der LAK vom 3.11.2017, vgl. https://lastuve-bawue.de/wp-content/uploads/2018/02/Stellungnahme_LHG-Gesetzes%C3%A4nderung-Kommentar_Endfassung.pdf

Mit diesen Forderungen stehen wir als Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg in aller Nachdrücklichkeit für die Mit- und Selbstbestimmungsrechte der Studierenden an den Hochschulen ein. Zudem setzen wir uns für die Demokratisierung der Hochschulen, eine klare Gewaltenteilung und die Gleichberechtigung der verschiedenen Statusgruppen an Hochschulen ein. Privilegien müssen dort, wo sie nicht mehr zeitgemäß oder gar anmaßend sind, abgebaut werden. Die in dieser Stellungnahme geforderten Änderungen am LHG haben keineswegs den Anspruch, alle notwendigen Änderungen innerhalb des LHG zur Anpassung an unsere Forderungen abzudecken. Gleichwohl bilden sie für uns die Grundsäulen einer demokratischen Hochschule, Offenheit, Transparenz und Nachvollziehbarkeit gegenüber der Öffentlichkeit sowie einer starken Verfassten Studierendenschaft an Hochschulen ab. Die Auflistung ist nicht abschließend und wird im Laufe der kommenden Wochen und Monate immer wieder angepasst und ergänzt werden. Insbesondere im Hinblick auf Themen der Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung und der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung der Studierenden und Hochschulen müssen weitere Anpassungen im LHG geprüft werden. Daran arbeiten wir!

Wir freuen uns weitergehend auf anregende Gespräche und Diskussionen und sind gespannt auf den gemeinsamen Austausch mit dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, den betroffenen Landesverbänden und den offenen und transparenten Austausch in den entsprechenden Gremien der Hochschulen und laden alle zum gemeinsamen Dialog ein.

Die Landesstudierendenvertretung Baden-Württemberg